

Forum Engagementförderung im Bundesverband Deutscher Stiftungen
17. Januar 2011 | KörperForum
Stiftungen +++ Bürgergesellschaft +++ Staat

DOKUMENTATION

Zeichnungen Roland Bühs. Fotos Claudia Höhne.



symbolische Bürgergesellschaft

Forum Engagementförderung 2012 Stiftungen +++ Bürgergesellschaft +++ Staat

Am 17. Januar 2012 tagte das Forum Engagementförderung zum 3. Mal im KörperForum in Hamburg. In diesem Jahr beschäftigten sich die anwesenden Vertreter der deutschen Stiftungslandschaft mit der Rolle von Stiftungen im Spannungsfeld von Bürgergesellschaft und Staat.

»Mit Stiftungen als Entwicklungspartner für die Gesellschaft kooperieren«, so die Überschrift in der Nationalen Engagementstrategie der Bundesregierung von Oktober 2010, die das Kapitel zu Kooperationen mit Stiftungen und Bürgerstiftungen einleitet. Die sich daraus ergebenden Fragestellungen nach möglichen Formen und Grundsätzen einer Zusammenarbeit wurden beim 3. Treffen des Forums diskutiert. Um eine Aufgabenteilung sinnvoll gestalten zu können, standen dabei zunächst folgende Fragen im Fokus: Wo verorten sich Stiftungen innerhalb der Bürgergesellschaft? Wo liegen Ihre Stärken und Schwächen bei der Förderung von bürgerschaftlichem Engagement? Welche Position nehmen sie gegenüber anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren, und gegenüber der Politik ein?

Das Forum Engagementförderung soll Experten und Entscheidungsträgern aus Stiftungen, die bürgerschaftliches Engagement bereits aktiv, strategisch und ausdrücklich fördern, eine Vernetzungsplattform bieten und zum fachlichen Austausch von Beispielen guter Praxis und von möglichen Förderstrategien anregen. Es sollen Zukunftsperspektiven entwickelt, neue Einsatzlandschaften lokalisiert und Kooperationen angestoßen werden. Darüber hinaus möchte das Forum auch andere anstiften, die Chancen, die sich mit der Förderung von Bürgerengagement verbinden, wahrzunehmen.

Das Forum Engagementförderung unter dem Dach des Bundesverbands Deutscher Stiftungen wird von der Körper-Stiftung geleitet, vertreten durch Karin Haist, Leiterin des Bereichs Gesellschaft der Körper-Stiftung.

Verzeichnis

I.	Zentrale Empfehlungen aus dem Forum Engagementförderung 2012	4
II.	Zur Zusammenarbeit von Staat und Stiftungen. Einleitende Worte von Dr. Lothar Dittmer, Mitglied im Vorstand der Körper-Stiftung	5
III.	Im Spiegel: Bürgergesellschaft und Stiftung – eine komplizierte Familienbeziehung. Vortrag von Michael Alberg-Seberich, Forum for Active Philanthropy gGmbH.	6
IV.	Über das Selbstverständnis von Stiftungen in der Engagementförderung Vortrag von Karin Haist, Leiterin Bereich Gesellschaft, Körper-Stiftung	8
V.	Besonders wertvoll oder besonders überschätzt: Über die Rolle von Stiftungen in der Bürgergesellschaft. Podiumsgespräch mit Bettina Windau, Bertelsmann-Stiftung, Prof. Dr. Berit Sandberg, Hochschule für Technik und Wirtschaft in Berlin und Dr. Marie Luise Stoll-Steffan, Bürgerstiftung Die Wiesbaden Stiftung	10
VI.	Engagementförderung als strategische Partnerschaft: Was Stiftungen und die öffentliche Hand gemeinsam tun können: Christoph Linzbach, Leiter der Unterabteilung Engagementpolitik im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Prof. Dr. Hans Fleisch, Generalsekretär des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen	12

I. Ergebnisse und Empfehlungen aus dem Forum Engagementförderung 2012

Das Positionspapier der engagementfördernden Stiftungen wurde allgemein begrüßt. Bundesfamilienministerium und interessierte Engagement fördernde Stiftungen werden sich gemeinsam über ein Memorandum of Understanding zur Zusammenarbeit verständigen. Das Memorandum soll auf dem Stiftungstag 2012 in Erfurt präsentiert werden. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gaben dazu folgende Anregungen:

- Stiftungen dürfen nicht zu »Trabanten der Engagementpolitik« (Berit Sandberg) werden und müssen ihre Individualität bewahren.
- Die eigene Transparenz muss stärker gefördert werden.
- Stiftungen müssen über mehr Langfristigkeit ihrer Projekte und Förderungen nachdenken.
- Stiftungen sollten sich und ihre Rolle in der Bürgergesellschaft nicht überschätzen, aber Sie sollten auch nicht in eine zu defensive Formulierung von Ansprüchen verfallen, wenn sie mit staatlichen Akteuren Kooperationen aushandeln.
- Da sie dezidierte Eigeninteressen verfolgen, können Stiftungen sich als Vertreter kollektiver Interessen glaubhaft nur im Verbund mit anderen positionieren.
- Die Stärke des Stiftungssektors liegt in seiner Vielfalt und den daraus resultierenden Möglichkeiten. Diese Vielfalt sollte nicht begrenzt werden.
- Die Bundesregierung sollte Stiftungen als Impulsgeber für soziale Innovationen und als soziales Frühwarnsystem verstehen, welches gleichzeitig Lösungen anbietet, um gesellschaftlichen Fehlentwicklungen zu begegnen.
- Die Grundsicherung für eine lokale Infrastruktur des Engagements durch die öffentliche Hand muss gewährleistet sein.
- Eine Kooperation kann nur auf Augenhöhe gelingen, dies gilt insbesondere für die Gestaltung möglicher Steuerungsstrukturen.
- Für die Kooperation muss ein Dialogformat entwickelt werden, welches alle relevanten Akteure zum Austausch einlädt und in der Lage ist, Arbeitsgruppen zu bilden.
- Gemeinsame Handlungsfelder einer Kooperation zwischen Politik und Stiftungen sollten auch die Entwicklung weiterer Formate zur Förderung lokaler Infrastruktur (z. B. Initiative Bürgerstiftungen) sowie von Instrumenten, die das langfristige Bestehen von Engagement-Initiativen sicherstellen.

II. Zur Zusammenarbeit von Staat und Stiftungen

Einleitende Worte von Dr. Lothar Dittmer, Mitglied im Vorstand der Körper-Stiftung

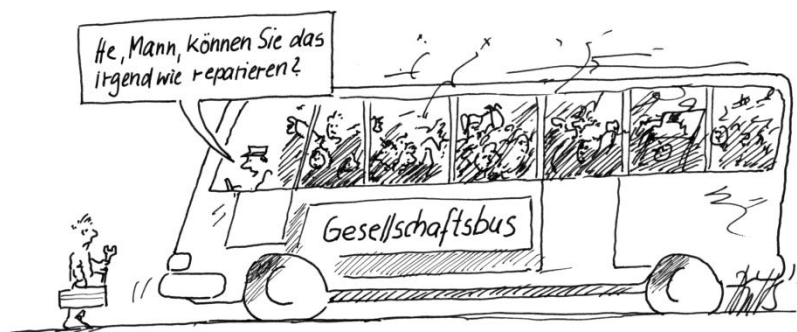
Dr. Lothar Dittmer, Mitglied im Vorstand der Körper-Stiftung, begrüßte die Teilnehmer des 3. Forums Engagementförderung. Er hob die Bedeutung des Forums als Austauschplattform hervor. Stiftungen seien durch die explizite Ansprache als Wunschpartner in der Nationalen Engagementstrategie des Bundes 2010 dringend aufgefordert Stellung zu beziehen. Stiftungen verstünden sich als Anwalt des Bürgerschaftlichen Engagements, weswegen Sie sich auch für die Gestaltung der politischen Rahmenbedingungen auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene einzusetzen hätten. Daher sei es das Ziel des Forums sich über die Rahmenbedingungen der Einsatzlandschaft von Stiftungen in der Engagementförderung zu verständigen und Möglichkeiten der Kooperation, nicht nur innerhalb des Stiftungssektors, sondern auch zwischen Stiftungen und staatlichen Stellen zu erörtern. Dies sei ratsam, um zu einer besseren Abstimmung der Förderpraxis zu gelangen, damit mehr Konzepte auch bundesweiten Durchbruch erreichten. Als Beispiel für einen solchen Durchbruch hob Dittmer die Initiative Bürgerstiftungen hervor, die von einem Fördernetzwerk initiiert worden seien.

Er verdeutlichte auch, dass mit der Engagementstrategie zunächst Befürchtungen einer politischen Vereinnahmung geweckt wurden. Daher sei es wichtig, sich systematisch zu überlegen, welche Rolle man in der Bürgergesellschaft spielen wolle. Stiftungen seien ohnehin nicht in der Lage, langfristige Infrastrukturförderung zu gewährleisten oder die Knappheit öffentlicher, finanzieller Mittel auszugleichen. Vielmehr sei es die genuine Stärke von Stiftungen als Impulsgeber für gesellschaftliche Veränderungen zu agieren und diese mit ihrer Expertise zu begleiten.



III. Im Spiegel: Zur komplizierten Familienbeziehung von Bürgergesellschaft und Stiftungen

Vortrag von Michael Alberg-Seberich, geschäftsführender Gesellschafter der Forum for Active Philanthropy gGmbH



Warum ist die Familienbeziehung kompliziert? Stiftungen seien die »schwarz-weißen Schafe der Bürgergesellschaft« eröffnete Michael Alberg-Seberich seinen Vortrag über das Verhältnis von Stiftungen zur Bürgergesellschaft, denn sie nähmen eine ambivalente Rolle ein. Zum einen seien sie ein

produktives Mitglied der Bürgergesellschaft, zum anderen sei es aber auf Grund ihres oft intransparenten Tuns häufig schwierig für andere Akteure, ihnen Vertrauen entgegenzubringen. Zur Analyse der Position von Stiftungen innerhalb der Bürgergesellschaft sei das klassische 3-Sektoren-Modell (Staat, Wirtschaft, Zivilgesellschaft) zwar zweckmäßig für die theoretische Betrachtung, in der Praxis jedoch kaum anwendbar, da auf Grund des sog. »Sector-Blurrings« die Trennlinien zwischen den Bereichen immer unschärfer würden. Erschwerend komme die Heterogenität der Stiftungslandschaft hinzu: Sie sind operativ oder fördernd tätig oder beides, sie engagieren sich regional, national und international, sie setzen ihre Ressourcen in den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen ein.

Besonders kompliziert werde die Beziehung zur Bürgergesellschaft, weil Stiftungen häufig über knappe Ressourcen wie z.B. finanzielle Mittel verfügten, die andere Akteure für ihre Arbeit dringend benötigen. Ihren breit gefächerten »Werkzeugkasten« für Förderung setzen Stiftung jedoch sehr oft »preskriptiv« ein: sie definieren die Themen und Felder der Förderung und suchen



potentielle Förderpartner pro-aktiv. Potentielle Förderpartner hingegen würden es vorziehen, sich aus eigenem Antrieb um Zusammenarbeit und Förderung bewerben zu können und finden sich oft in den gesetzten Bereichen der Stiftungen nicht wieder.

Wie also können Stiftungen agieren, damit sie in diesem komplizierten Gefüge als verlässlicher und guter Akteur in der Bürgergesellschaft wahrgenommen werden? Alberg-Seberich betonte die wachsende Bedeutung von Vertrauen durch Augenhöhe mit anderen Akteuren der Bürgergesellschaft. Um Vertrauen zu verdienen, müssten Stiftungen die Ansprüche, die sie gegenüber ihren Projektpartnern im Hinblick auf Transparenz und Wirksamkeit erheben, auch in Bezug auf ihre eigene Arbeit erfüllen. Ein zentraler Schwachpunkt ihrer Wirksamkeit sei die Kurzfristigkeit von Förderungsaktivitäten. Selbst Stiftungen, die über großzügige finanzielle Mittel verfügten, seien bisher nicht in der Lage, langfristig Strukturen in der Bürgergesellschaft zu ermöglichen. Hier sei ein kontinuierliches Streben nach Kooperationen und neuen Wegen in der Förderpraxis notwendig. Im Sinne der Transparenz plädierte Alberg-Seberich für eine Enttabuisierung des Themas Geld als Medium, mit dem Stiftungen ihre Beziehungen zur Bürgergesellschaft gestalten. Ein weiterer zentraler Punkt im Sinne der Transparenz sei ein Bekenntnis zu der politischen Relevanz des Stiftungshandelns. Die Bürgergesellschaft sei in ihrem Grundwesen politisch, doch Stiftungen hätten eine Tradition des »Unpolitischen«. Um aber den gewünschten Einfluss auf Entscheidungsträger zu erlangen, sei es notwendig aus dieser Tradition auszubrechen und eine klare, öffentlich wahrnehmbare Position zu beziehen. Vor diesem Hintergrund sei das Image des »schwarzen Schafs« auch eine Stärke, schloss Alberg-Seberich. Schließlich könnten gerade finanziell unabhängige Stiftungen es sich leisten, eine unpopuläre Haltung vertreten und gesellschaftliche Diskurse kritisch zu begleiten.



IV. Über das Selbstverständnis von Stiftungen in der Engagementförderung

Vortrag von Karin Haist, Leiterin Bereich Gesellschaft, Körper-Stiftung

Das Positionspapier „Mehr Bürgergesellschaft wagen! Stiftungen in der Engagementförderung“ stellte die Diskussionsgrundlage für die Tagung dar. Es wurde im Laufe des Jahres 2011 von einer kleineren Strategieguppe Engagement fördernder Stiftungen als Antwort auf die Nationale Engagementstrategie der Bundesregierung erarbeitet, in der Stiftungen ausdrücklich als gewünschter Kooperationspartner adressiert werden. Es beinhaltet die Formulierung eines Selbstverständnisses, eine Bewertung der Nationalen Engagementstrategie aus Stiftungssicht sowie die Definition möglicher Handlungsfelder einer Kooperation mit staatlichen Stellen.

Das Positionspapier fordert eine Partnerschaft auf Augenhöhe mit staatlichen Akteuren. Dabei bleibe es Aufgabe der Politik, für die entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen zu sorgen und die Grundsicherung einer Infrastruktur für Engagement zu gewährleisten.

Das vollständige Papier finden Sie auf den Seiten des Bundesverbands und der Körper-Stiftung.

Das Plenum bewerte das Papier grundlegend positiv und zielführend für die zukünftige Zusammenarbeit zwischen Staat und Stiftungen. Folgende Empfehlungen wurden gegeben:

- Förderstiftungen sollten ihre konventionelle, finanzielle Förderung um Maßnahmen des „Capacity Buildings“ erweitern.
- Die kontinuierliche Förderung von z. B. Selbsthilfegruppen sollte als zusätzliches strategisches Handlungsfeld erschlossen werden.
- Die Überwindung des Widerspruchs zwischen langfristiger Förderung und kurzfristigen Engagementformen gelte es weiter voranzutreiben.
- Aufgabe der Professionalisierung und Vernetzung kleinerer Stiftungen wahrnehmen
- Operative Stiftungen sollten verstärkt darüber nachdenken, wie sie auch fördernd tätig werden können. Allgemein solle man Abstand von der kategorischen Einteilung in operative und fördernde Stiftungen nehmen, da so zahlreiche Wirkungspotentiale ungenutzt blieben.
- Um optimale Formen der Zusammenarbeit zu finden, sollten Experimentierfelder auf lokaler Ebene geschaffen werden, in denen die Wege einer konkreten Zusammenarbeit erprobt werden.
- Es sollte über eine »Standardisierung von Antragsverfahren« verhandelt werden.

V. Besonders wertvoll oder besonders überschätzt: Über die Rolle von Stiftungen in der Bürgergesellschaft

Podiumsgespräch

Die herausgehobene Stellung der Stiftungen in der Nationalen Engagementstrategie hatte einige Verwunderung hervorgerufen. Als Akteure der Bürgergesellschaft bilden sie zumindest zahlenmäßig eine Randgruppe, die zudem über nur sehr begrenzte finanzielle Ressourcen verfügt. Wurde den Stiftungen hier eine unverhältnismäßige Bedeutung zugesprochen? Welche Erwartungen können und wollen sie erfüllen, welche nicht? Ihrem Wesen nach meist ein nicht-staatliches Engagement von Privatpersonen, stellte sich die Frage, nach welchen Maßgaben eine Zusammenarbeit unter Wahrung der eigenen Unabhängigkeit gestaltet werden sollte.

Es diskutierten Bettina Windau, Leiterin des Programms »Zukunft der Zivilgesellschaft« der Bertelsmann-Stiftung, mit langjährigen Erfahrungen in der deutschen Stiftungslandschaft, Prof. Dr. Berit Sandberg, Professorin für Public und Non-Profit-Management an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin, die ein vielbeachtetes Papier als Stellungnahme zur Nationalen Engagementstrategie im Jahr 2011 veröffentlicht hat und Dr. Marie Luise Stoll-Steffan, stellvertretende Vorsitzende des Vorstands der Wiesbaden Stiftung.

Bettina Windau hob die Bedeutung des Forum Engagementförderung als Ort des fachlichen Austausches hervor, an dem Stiftungen sich über praxis-orientierte Themen und Best-Practice-Beispiele austauschen könnten und sich auch auf der Metaebene über Werte und Zielvorstellungen verständigen. Das Positionspapier der Stiftungen bezeichnete Windau als beispielgebendes Instrument um, anstatt wie bisher über die konkrete Arbeit an Projekten im Versuch-und-Irrtum-Verfahren zu Kooperationen zu gelangen, von der theoretischen Grundlage ausgehend eine strategische Zusammenarbeit aufzubauen.

Berit Sandberg bezweifelte, ob der Begriff »aktivierender Staat« in der Nationalen Engagementstrategie wohlverstanden sei. Sie beobachte angesichts der öffentlichen Mittelkürzungen wie zum Beispiel für das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement oder der Einrichtung von »Zwitter-Organisationen« wie Landesstiftungen oder Servicestellen eher eine Entwicklung hin zu einem deaktivierenden Staat. Stiftungen sollten sich angesichts dieser Entwicklungen hüten, zu »Trabanten der Engagementpolitik« zu werden.

Marie Luise Stoll-Steffan begrüßte die verstärkten Kooperationsbemühungen der Bundesregierung mit Stiftungen sehr. Sie mache auf der lokalen Ebene sehr gute Erfahrungen mit Kooperationen mit der öffentlichen Hand, so z.B. bei der Entstehung der Landesstiftung in Hessen, die sie mit der Bürgerstiftung eng begleitet habe. »Sie können auf der kommunalen Ebene nur etwas bewegen, wenn Sie mit der öffentlichen Hand kooperieren, wenn sie dagegen angehen, können sie nichts erreichen«, stellte Stoll-Steffan fest und betonte, dass dafür ein belastbares Vertrauensverhältnis absolut notwendig sei. Die aktuellen Vorgänge auf Bundesebene könnten dazu beitragen, auf lokaler Ebene das Vertrauen zwischen den einzelnen Akteuren zu stärken.

Auf Grund der Heterogenität der Stiftungslandschaft und dem Spannungsfeld zwischen Stifterwillen und Orientierung am Gemeinwohl, in dem jede Stiftung balancieren müsse, könnten Kooperationsvereinbarungen mit dem Staat nicht auf Grundlage eines einheitlichen Anforderungskataloges entstehen, so Windau abschließend. Dabei müsste jede einzelne Stiftung ihre Position in der Kooperation bestimmen: »Eine Stiftung wird sich entscheiden

müssen, auf welches Handlungsfeld sie sich konzentrieren möchte. Stiftungen, die beispielsweise ihren Schwerpunkt in der Begleitung und Moderation von gesellschaftlichen Prozessen sehen, müssten eventuell von einer inhaltlichen Positionierung Abstand nehmen und umgekehrt«.

Das Plenum mahnte in der anschließenden Diskussion an, der Stiftungssektor dürfe nicht zu defensiv gegenüber der Politik agieren. Man dürfe sich nicht auf Überlegungen beschränken, wie man die in der Nationalen Engagementstrategie formulierten Erwartungen erfüllen könne. Stiftungen sollten dringend die eigenen Ansprüche an eine Partnerschaft formulieren.



VI. Engagementförderung als strategische Partnerschaft: Was Stiftungen und die öffentliche Hand gemeinsam tun können:

Impuls von Christoph Linzbach, Leiter der Unterabteilung Engagementpolitik im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Replik von Prof. Dr. Hans Fleisch, Generalsekretär des Bundesverband Deutscher Stiftungen

Christoph Linzbach, Leiter der Unterabteilung Engagementpolitik im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, hob hervor, dass die Bildung von Partnerschaften ein wesentlicher Schwerpunkt der Nationalen Engagementstrategie sei und dass diese den Grundstein für eine strategische Engagementpolitik bilden würden. Stiftungen seien ein Wunschpartner für solche strukturierten und zielorientierten Partnerschaften, um einen kontinuierlichen Dialog und Kooperationen bei der Förderung von Projekten zu implementieren.

Stiftungen seien Förderer sozialer Innovationen und agierten als Frühwarnsystem für gesellschaftliche Fehlentwicklungen. Von diesen Eigenschaften könnte das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend profitieren, da Stiftungen oft gute Lösungen sozialer Probleme entwickelten, die in die Fläche gebracht werden sollten. Um über solche Ideen und Initiativen einen guten Austausch zu wahren, wünsche sich Linzbach im nächsten Schritt die Schaffung eines offenen Dialogformates, in dem es gelänge auch die Vertreter weiterer Bundesressorts, aber auch der Länder und Kommunen zusammen zu bringen, und einen breiten Informationsaustausch zum Thema Bürgerschaftliches Engagement zu erzielen. Die aktuellen Kooperationsbemühungen fänden in einer Zeit statt, in der es einen intensiven gesellschaftlichen «Diskurs über eine Kultur der Mitverantwortung, der Mitgestaltung, über eine Neujustierung des Verhältnisses von Staat, Bürgergesellschaft und Wirtschaft gebe und in der wir uns alle eine bessere Bürgerbeteiligung wünschen.» Diesen Diskurs gemeinsam zu gestalten sei das Ziel.

Als erster Schritt sei es aus Sicht des Ministeriums wünschenswert, gemeinsam ein Memorandum of Understanding zu erarbeiten. Hier sollte der grundsätzliche Geist einer Zusammenarbeit wohlwollend beschrieben werden und auf Grundlage dessen in Zukunft konkrete Aktionen geplant und umgesetzt werden könnten.

Prof. Dr. Hans Fleisch, Generalsekretär des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen begrüßte Linzbachs Vorschlag. Stiftungen seien herausgefordert, den Spagat zu meistern zwischen ihrem individuellen Wirkungsanspruch und der Chance, durch Kooperationen Synergieeffekte zu generieren. Das gelte insbesondere für die sektorenübergreifende Zusammenarbeit mit staatlichen Institutionen. Denn in vielen Themenfeldern, in denen Stiftungen aktiv sind, spiele auch der Staat eine zentrale Rolle. Diese Kooperationsmöglichkeit werde sich für die Stiftungen und ihre verschiedenen Strategien unterschiedlich darstellen. Gerade im Bereich der Engagementförderung könnten viele Ziele aber nur als Stiftungsgruppe in Zusammenarbeit mit staatlichen Akteuren auf kommunaler Ebene, aber auch auf Landes- und Bundesebene, erreicht werden. Thematisch kämen eine ganze Reihe von Kooperationsmöglichkeiten in Betracht, z.B. Think-Tank-Aktivitäten, die Stärkung der Anerkennungskultur, eine verbesserte Kommunikation zu Themen des Bürgerschaftlichen Engagements und der Transfer erfolgreicher Projekte. Zentral sei die Auseinandersetzung mit dem Thema Infrastrukturförderung, das eine dauernde Herausforderung in der Engagementdebatte darstelle. Unabhängig vom Thema sei es für eine erfolgreiche Kooperation aber wichtig, ein

Basispaket an Spielregeln zu haben. Daher begrüßte Hans Fleisch den Vorschlag des Bundesfamilienministeriums, sich als ersten Schritt über eben solche Regeln der Zusammenarbeit zu verständigen. Von dieser Basis aus könnten dann Kooperationen weiter ausgebaut werden. Eine wichtige Grundlage hierfür sei das Papier zum Selbstverständnis der Stiftungen.